

Generelle Aufgabenprüfung GAP

Das Sparpaket geht bis zum 21. Dezember in Vernehmlassung. Der LVB bleibt vorerst cool.

Äussern werden sich bei dieser breiten Vernehmlassung - unterschiedlich fokussiert - der **LVB und die ABP**. Die Texte sind abrufbar unter „...www.baselland – Politik - Vernehmlassungen“.

Die Eröffnung der Unternehmung am 18. Mai brachte eine Stellungnahme der Regierung und ein Schreiben des Bildungsdirektors an die Mitarbeitenden der Direktion.

Die dort benannten Einsparungsfelder führten zur eindrucksvoll besuchten **Protestversammlung vom 2. Juni in Pratteln**. 900 Lehrerinnen und Lehrer definierten dort ihren Unmut bezüglich Vorgehen und Inhalten der angekündigten Einsparungen im Bildungsbereich.

Damals bestand eine Palette **von mehr als 20 Massnahmen**, die Anlass zu grösster Sorge gaben.

Unterdessen hat die Regierung ihren Entwurf einer Vorlage „betreffend Entlastungspaket aus der generellen Aufgabenprüfung /GAP“ an den Landrat in die Vernehmlassung gegeben.

Die Arbeitnehmer zahlen ihren Tribut unter anderem durch so genannte „Querschnittsmassnahmen“, welche mit Einschränkungen im Bereich der Dienstaltersgeschenke sowie mit negativen Perspektiven im Bereich des Teuerungsausgleichs verbunden sind.

Die Gemeinden werden künftig im Bereich Bildung mehr zur Kasse gebeten: Sie sollen die Kosten für Lehrmittel, Schulpsychologie und Beiträge an Privatschulen im Kindergarten und in der Primarschule ganz oder teilweise übernehmen.

Einschneidend wirkt die **Reduktion des Gesamtvolumens der erteilten Lektionen im Bildungsbereich**. Eine restriktive Praxis in der Kurs- und Klassenbildung soll dabei Einsparungen generieren. Dabei soll es Umteilungen in benachbarte und weiter entfernte Gemeinden geben, längere Schulwege sollen in Kauf genommen werden, und ab Sekundarstufe II „soll der Kanton als ein Schulkreis betrachtet werden.“

Alle Massnahmen greifen auf allen Schulstufen und wirken sich für alle Schulträger kostensenkend aus. Angestrebt wird

eine Kostensenkung ab 2007/08 von **12,5 Millionen Franken**. „Wenn weniger zu erteilende Lektionen zur Verfügung stehen, hat dies auch Auswirkungen auf das Personal. Da zum heutigen Zeitpunkt noch nicht bekannt ist, in welchen Bereichen weniger Lektionen zur Verfügung stehen werden, kann auch keine seriöse Aussage gemacht werden, für welche Kategorien von Lehrpersonen (Stufen, Fächer) in welchem Umfang die Auswirkungen spürbar werden.“ Dem Paket beigefügt sind die Entwürfe zur Änderung des Bildungsgesetzes.

Die jetzt vorliegende Gesamtanlage von GAP **erfordert eine differenzierte Auseinandersetzung**. Der LVB wird das Gesamtpaket ausführlich untersuchen und im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Personalverbände bewerten. Dabei wird er speziell diese **Aspekte** berücksichtigen:

- Allfällige Stellenaufhebungen im Bereich Bildung,
- die pädagogischen und berufspolitischen Folgen,
- Massnahmen bei der Aufhebung von Lehrstellen (Abfindungen, vorzeitige Pensionierungen, Sozialpläne),
- die Installierung einer kantonalen Autorität für Personalproblematiken,
- die Realisierbarkeit der Massnahmen und die Folgen eines Scheiterns,
- das korrekte Vorgehen bei der Umsetzung,
- was nicht im Paket drin ist.

Dabei ist auch zu bedenken, dass dies noch nicht einmal die Vorlage und schon gar nicht die beschlossene ist, und dass zu vielen Inhalten offensichtlich auch in der Regierung kein Einvernehmen besteht. Es wird interessante Rückmeldungen aus der Politik geben. Entwicklungen sind in jede Richtung möglich.

Nicht alles ist dabei zur öffentlichen Argumentation und Auseinandersetzung geeignet. Der LVB wird seine Mitglieder informieren und sich die erforderlichen Mandate erteilen lassen. Bei Bedarf wird er auch jedes angemessene Kampfmittel einsetzen.

Dieses Vorgehen erfordert eine bildungspolitisch wache und präzente Mitgliedschaft. Die starke, sensible und verantwortungsbewusste Reaktion von Pratteln zeigt, dass die organisierte Lehrerschaft dieser Problematik gewachsen sein wird.